

---

— Schriftgröße +

## Verkauft das Land doch Flächen?

Von WOLFGANG KIRFEL, 27.08.08, 07:16h

**„In der nächsten Sitzung des Regionalrats am 19. September wird ein Beschluss gefällt, der eine Erweiterung des Phantasialands vorsieht. Dafür gibt es über die Parteigrenzen...**

BRÜHL. „In der nächsten Sitzung des Regionalrats am 19. September wird ein Beschluss gefällt, der eine Erweiterung des Phantasialands vorsieht. Dafür gibt es über die Parteigrenzen hinweg eine Mehrheit, nur die Grünen sind dagegen“, zeigte sich Bürgermeister Michael Kreuzberg am Montagabend im Hauptausschuss optimistisch, dass die Erweiterung des Freizeitparks doch noch realisiert werden kann.

Noch vor einigen Wochen hatte das Land NRW erklärt, dass es vorerst keine Waldflächen für die geplante Erweiterung des Phantasialands zur Verfügung stellen werde. Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg fordert, dass alternative Planungen geprüft werden, die die Landschaft weniger belasten und mit einem geringen Verbrauch von Waldflächen auskommen.

„Wenn das die Meinung der Landesregierung ist, braucht der Regionalrat gar nicht mehr zu entscheiden“, meinte der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Petran. Sein CDU-Pendant Hans Theo Klug entgegnete: „Wir sollten nicht spekulieren, ehe wir die Vorlage des Regionalrats kennen.“ Vom Bürgermeister wollte Klug wissen, ob es richtig sei, dass der Landesbetrieb Wald und Holz erst über Grundstücksverkäufe reden dürfe, wenn die planungsrechtlichen Grundlagen geschaffen seien. „Das ist so“, bestätigte der Bürgermeister und schürte damit Hoffnungen, dass die Absage des Landes in puncto Grundstücksverkauf doch nicht das letzte Wort ist.

18 000 Euro für

Gutachten bezahlt

„Wenn, wie vom Umweltminister gefordert, erneut alternative Planungen geprüft werden sollen, müssen alle Möglichkeiten berücksichtigt werden. Das gilt auch für die vom Stadtrat abgelehnte Osterweiterung“, sagte Klug. Prüfungen hätten aber ergeben, dass eine Osterweiterung wegen des Lärms nicht machbar sei, versuchte Kreuzberg die Anwohner zu beruhigen.

Die Sozialdemokraten kritisierten, dass der Bürgermeister 18 000 Euro für ein Gutachten ausgegeben habe, ohne dass der Stadtrat dies genehmigt habe. Die Fachhochschule Bad Honnef hatte die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Zusammenhang mit einer Erweiterung des Phantasialands untersucht.

„Auftragsvergaben bis 40 000 Euro gehören zum laufenden Geschäft der Verwaltung“, betonte der Verwaltungschef. Das Gutachten sei fachlich erforderlich gewesen, weil die „arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen einer möglichen Erweiterung gegenüber der allseits diskutierten Umweltproblematik vollständig in den Hintergrund getreten“ seien.

---

drucken | versenden | Bookmarks

WEB  ARCHIV >>



**JETZT BESTELLEN!**

4 Wochen Rundschau zum Vorzugspreis. Sie sparen mehr als 35%.